

Auch mit den südasiatischen Ländern Pakistan und Indien gab es weitere Zuwächse. (XNA, 19.12.95) China ist zuversichtlich, daß angesichts der kräftig zunehmenden "Multipolarisierung", wie sie gerade durch die chinesische Nachbarschaftspolitik noch besonders gefördert wird, ein Krieg großen Stils immer unwahrscheinlicher wird; dafür habe sich die internationale Situation allzu sehr stabilisiert, obwohl die großen Nationen nach wie vor nicht nur zusammenarbeiteten, sondern auch gegeneinander kooperierten. Vor allem sei es die wirtschaftliche Entwicklung, die dafür Sorge, daß militärische Aspekte immer zweitrangiger würden. (XNA, 13.12.95)

Xinhua zieht folgende Jahresbilanz: (XNA, 29.12.95; SWB, 1.1.96) Die Welt befindet sich in einem Übergangsstadium, das durch "Frieden und Entwicklung" gekennzeichnet sei. Das Jahr 1995 habe neue Tendenzen in der sich wandelnden Welt hervortreten lassen, nämlich (1) Multipolarisierung und Anwachsen des Gleichgewichts zwischen den großen Mächten; (Zusammenbruch der bipolaren Weltordnung; Rückgang der "Weltführerschaft" durch die USA; Verlangen der wirtschaftlichen Großmächte Japan und Deutschland nach einer stärkeren politischen Mitwirkung; Rückkehr Rußlands in die Weltarena als Großmacht; Zunahme des wirtschaftlichen - und damit auch politischen - Gewichts der VR China.

(2) Zunehmender Wettbewerb zwischen den Nationalstaaten: Das Ende des Kalten Kriegs hat die "nationalen Kräfte" wieder wichtiger werden lassen. "Nationale Stärke" ist eine Kombination wirtschaftlicher, militärischer, wissenschaftlicher, technologischer und ausbildungsgerechter Elemente, wobei allerdings der wirtschaftliche Einfluß am schwersten wiegt. So kommt es, daß Westeuropa und Japan gegenüber den USA immer mehr nach Gleichberechtigung verlangen.

(3) Wirtschaftliche Regionalisierung und wachsende Interdependenz: Die Welt sei - in höchst dialektischer Weise - gekennzeichnet durch Autarkie und Offenheit, durch Stabilität und Reformen, durch Zusammenarbeit und Wettbewerb. Wirtschaftliche Regionalisierung und gegenseitige Interdependenz seien zu einem unwiderstehlichen Trend geworden und drückten sich in regionalen, überregionalen und globalen Wirtschaftsorganisationen aus - man denke

an die EU, an die NAFTA, an die APEC, an die Afrikanische Wirtschaftseinheit und an die WTO. Niemand könne sich mehr isolieren und sich vom "internationalen Zug" der Entwicklung abkoppeln.

(4) Aufstieg der Entwicklungsländer: Aus Anhängseln hätten sich die Entwicklungsländer inzwischen zu aktiven Mitspielern in der Politik und in der Wirtschaft entwickelt. Dies sei besonders deutlich geworden bei den NICs, aber auch anhand der Entwicklung der VR China. (Frage: Gelten Hypothesen dieser Art auch für die LDC (Least Developed Countries?) -we-

*(2)

Ausweisung eines deutschen Journalisten

In auffallend zeitlicher Nähe zum China-Besuch des deutschen Bundeskanzlers wurde der deutsche Journalist Henrik Bork, der seit mehreren Jahren für die *Frankfurter Rundschau* sowie für andere Zeitungen berichtete, aus der VR China ausgewiesen. Dies geschah dadurch, daß die chinesischen Behörden das Visum und die Arbeitserlaubnis nicht verlängerten und ihn so dazu veranlaßten, bis zum 28. Dezember das Land zu verlassen.

U.a. wurde Bork mit dem Vorwurf konfrontiert, negativ über China berichtet und führende politische Persönlichkeiten angegriffen zu haben - u.a. den Ministerpräsidenten am Vorabend seines Deutschland-Besuchs im Sommer 1994.

Li Pengs Deutschland-Visite hat sich damals - zumindest aus seiner Sicht - zu einem Horrortrip entwickelt. Für Li Peng war diese Behandlung um so ärgerlicher, als sein Konkurrent Jiang Zemin bei seiner nur wenige Monate später erfolgten Deutschland-Besuch äußerst umgänglich behandelt worden war.

Li beschloß deshalb, in der für seine Politik üblichen Rauheit "Rache" zu nehmen, wobei der Gegenbesuch des deutschen Bundeskanzlers als willkommene Gelegenheit diene. Da viele der Li'schen Attacken allerdings in dem für China so typischen "Stil der Indirektheit" vorgetragen wurden, konnten die Signale erst im nachhinein als zusammengehörige Teile einer einheitlichen "Botschaft" gedeutet werden. Näheres dazu im Thema dieses Hefts. -we-

Innenpolitik

*(3)

Lokale Unruhen und wachsende soziale Spannungen

Im Jahre 1995 wurde eine Vielzahl von Berichten über lokale Unruhen bekannt. Besonders schwere gewaltsame Auseinandersetzungen ereigneten sich Anfang Dezember in dem zu Shenzhen gehörenden Dorf Longtian (25 Kilometer nördlich der Sonderwirtschaftszone). Dort kam es zu einem blutigen Konflikt zwischen Wanderarbeitern aus der Provinz Hunan und lokalen Sicherheitskräften. Die Beziehungen zwischen den relativ wohlhabenden Einheimischen und den armen Wanderarbeitern waren offenbar schon seit langer Zeit außerordentlich gespannt; auch wurden die Zuwanderer aus Hunan von den lokalen Behörden offenbar nicht selten willkürlich gemaßregelt und drangsaliert.

Aus einem nichtigen Anlaß (ein Dorfbewohner war mit seinem Motorrad auf eine von den Arbeitern gerade frisch geteerte Straße gefahren; in den folgenden Streit griffen Dorfwächter und Polizisten ein und versuchten, einige Arbeiter festzunehmen, was auf heftige Gegenwehr traf) kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf der lokale Sitz des Kommunistischen Parteikomitees gestürmt und vollständig demoliert sowie mehrere Funktionäre mißhandelt wurden. Durch Einheiten der paramilitärischen Bewaffneten Volkspolizei wurden die Unruhen schließlich unterdrückt, wobei es auch zu Schußwaffeneinsatz gekommen sein soll. Bis zu zehn Menschen sollen umgekommen und mehrere Dutzend zum Teil schwer verletzt worden sein. Das Hongkonger Fernsehen konnte einige Tage nach den Vorkommnissen Bilder von einer Leiche, von Verletzten und von verwüsteten Gebäuden zeigen. (SCMP, 6./7.12.95; SZ, 7.12.95; AWSJ, 11.12.95)

Detailliertere Berichte über spontane Unruhen und lokale Protestbewegungen wurden 1995 unter anderem auch aus folgenden Regionen gemeldet:

- In *Zhejiang* randalierte in einem Vorort Hangzhous im Oktober eine große Zahl von Bauern, weil sie die lokalen Behörden der Veruntreuung von Geldern aus einem Wohlfahrts-

fonds bezichtigten. (*Ming Bao*, Hongkong, 24.10.95) Bereits im Mai war es in der Stadt Jiaying (ebenfalls Provinz Zhejiang) zu tätlichen Angriffen auf Beamte der Stadtbehörden und zu Ausschreitungen gekommen, als Kontrollen der Händler auf einem lokalen Markt durchgeführt werden sollten (Central TV, Beijing, nach SWB, 26.5.95).

- In *Guangxi* ist es im November 1995 aus ähnlichen Gründen zum Konflikt zwischen den lokalen Behörden und einem Schwarzhändler gekommen. Nachdem im Kreis Pubei eine große Zahl gefälschter Produkte in mehreren Geschäften beschlagnahmt worden war, wurde die Industrie- und Handelsbehörde von drei- bis vierhundert Randalierern belagert, die nicht nur das Gebäude beschädigten, sondern auch mehrere Beamte und Polizisten verletzten. Durch die zögerliche Haltung der örtlichen Regierung konnten die Unruhen erst am nächsten Tag unter Kontrolle gebracht werden, als zusätzliche Polizeieinheiten hinzugezogen wurden. (ZXS, Beijing, 9.11.95, nach SWB, 11.11.95).

- In *Guizhou* protestierten in einigen Dörfern des Bezirks Tongren (dieser Bezirk ist seit den fünfziger Jahren mehrfach Ort von größeren Aufstandsbewegungen gewesen) im Dezember 1994 zahlreiche Bauern gewaltsam gegen die hohe Abgabenlast; sie belagerten die örtlichen Behörden und griffen die Polizeikräfte an. Hinter den Unruhen soll nach offiziellen Meldungen eine örtliche kriminelle Bande gestanden haben. (*Guizhou Ribao*, 7.10.95, nach SWB, 16.10.)

- In *Shanghai* und in *Beijing* demonstrierten 1995 mehrmals Einwohner der von Zwangsumsiedlungen betroffenen Stadtviertel, deren Wohnhäuser Geschäftszentren und anderen Immobiliengroßprojekten weichen müssen. In Beijing demonstrierten kleinere Gruppen sogar vor den Toren Zhongnanhais, des Sitzes der zentralen Partei- und Regierungsführung. (NZZ, 15.3.95; SCMP, 11.3.95 sowie 20./25.12.95)

Die aufgeführten Beispiele weisen auf ausgeprägte soziale Spannungen und im Falle der ländlichen Unruhen auch auf ein beachtliches Gewaltpotential in der chinesischen Gesellschaft hin. Wachsendes Einkommensgefälle, massenhafte Wanderungsbewegungen, organisierte

Wirtschaftskriminalität, Behördenwillkür und Korruption bilden eine explosive Mischung. Bislang allerdings hat die chinesische Führung es vermocht, durch eine Kombination aus Repression und politischen Zugeständnissen den Anschein der gesellschaftlichen Stabilität zu wahren. Die Unruhen bleiben auf lokal begrenzte Ausschreitungen begrenzt und stellen bisher noch keine Bedrohung des nationalen politischen Systems dar. -hei-

*(4)

Messianische Gestalten, Geheimkulte und "kriminelle Aktivitäten unter dem Banner des Christentums"

In der Provinz Anhui wurde Ende Dezember Wu Yangming, der Führer eines Geheimkultes des "Gesalbten Königs" (*Beiliwang*), hingerichtet. Ihm wurde vorgeworfen, mehrere Frauen aus seiner Gefolgschaft vergewaltigt und größere Geldsummen erpreßt zu haben. Der 51jährige, aus einfachen bäuerlichen Verhältnissen stammende Wu Yangming war Anfang 1995 verhaftet worden, nachdem ihn eine ehemalige Anhängerin wegen Vergewaltigung angezeigt haben soll, und wurde nun vom Mittleren Volksgericht in Bengbu zum Tode verurteilt. Drei seiner Gefolgsleute wurden zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. (SCMP, 5.1.96; ZSX, 5.1.96, nach SWB, 8.1.)

Wu hatte die Geheimgesellschaft 1988 in Anhui gegründet. Schwerpunkte der Aktivitäten sollen einige arme Kreise im westlichen Anhui sowie im nördlichen Guangdong gewesen sein. Wu lehrte offenbar mit großer Überzeugungskraft, daß er selbst im Jahr 2000 eine neue Herrschaftsordnung begründen werde. Wu habe sich vor allem an arme, ungebildete Frauen auf dem Lande gerichtet. Seine Gefolgschaft soll zu 80% aus Frauen bestanden haben, deren Vertrauen er den offiziellen Vorwürfen zufolge häufig mißbraucht haben soll. 13 geheime Versammlungsorte seien errichtet worden. Wu habe darüber hinaus eine Geldsumme von rund 200.000 Yuan RMB von seinen Anhängern erschwindelt.

Den offiziellen Vorwürfen gegenüber ist Vorsicht angebracht: Zum Zwecke der moralischen Diskreditierung in der Bevölkerung warfen die Behörden schon im kaiserlichen China den Führern von Geheimkulten regelmäßig vor, daß sie obszönen Praktiken und eigennützigen Interessen nachgingen.

In der Provinz Anhui wurde darüber hinaus nachdrücklich vor "kriminellen Aktivitäten unter dem Banner des Christentums" gewarnt (Anhui Volksradio, 31.12.95 und *Anhui Ribao*, 27.11.95, nach SWB, 8./20.1.95). Häretische, reaktionäre und illegale Organisationen traten als christliche Gemeinschaften getarnt auf. Genannt wurden in diesem Zusammenhang die oben beschriebene Gesellschaft des "Gesalbten Königs", die "Sekte der Rufer" (*Huhanpai*), die "Apostelgesellschaft" (*Mentuhui*, zu Aktivitäten dieser Gesellschaft in Sichuan siehe C.a., 95/3, S.182-183) und mehrere andere Gruppen, die sich auf christliche Lehre und Symbole berufen. Die offiziellen Organisationen der christlichen Kirchen in der Provinz Anhui unterstützen das Vorgehen der Behörden gegen die Geheimkulte, die ihre kriminellen Aktivitäten durch Bezugnahme aufs Christentum nur zu bemänteln suchten. Die Provinzregierung rief die Christen in Anhui dazu auf, "gute Bürger" zu sein. (Anhui Volksradio, 21.11.95; Xinhua, 13.12.95, beide nach SWB, 15.12.95)

Die Unterdrückung inoffizieller religiöser Bewegungen und Kulte ist vor allem in den Provinzen Henan und Anhui im letzten Jahr mit großer Energie betrieben worden. Katholische und protestantische Untergrundkirchen, die sich nicht der Aufsicht und Gängelung durch die staatliche Religionspolitik unterwerfen wollen, sind das Ziel dieser Aktionen. (SCMP, 23.12.95, wo Bezug auf einen Bericht von Human Rights Watch/Asia genommen wird.) Zur Regierungspolitik in diesen Fällen gehört es, religiösen Untergrundgruppierungen kriminelle Machenschaften zu unterstellen. Bei manchen der in den offiziellen Meldungen verurteilten Gruppierungen könnte es sich deshalb durchaus um ernsthafte religiöse Erneuerungsbewegungen handeln.

Daß messianische Gestalten und chiliasische Religionsbewegungen gegenwärtig auf großen Widerhall vor allem in der ländlichen Gesellschaft treffen (Ursache hierfür sind offenbar sowohl die gesellschaftlichen Umbrüche als auch die Nähe des Jahres 2000), bereitet den chinesischen Behörden wachsende Schwierigkeiten. In den letzten Jahren waren mehrfach Berichte über größere, auch überregionale religiöse Untergrundbewegungen ins Ausland gedrungen. (Vgl. C.a., 94/5, S.476-482; 95/3, S.182-183.) Vor allem ärmere ländliche Gebiete scheinen von diesem Phänomen betroffen zu sein.

So wurde im Dezember aus der Provinz Liaoning berichtet, daß die seit den fünfziger Jahren mehrfach zerschlagene und verbotene "Gesellschaft der Alten Mutter" 1995 wieder zum Leben erweckt worden sei. Mehrere zum Teil früher schon einmal als "Konterrevolutionäre" verurteilte Aktivisten dieser Bewegung hätten sich wieder zusammengetan, 237 neue Gefolgsleute gewonnen und einen Tempel zu Ehren der "Alten Mutter" gebaut. In ihrem "restaurativen Programm" habe die Gesellschaft dazu aufgerufen, "China und die Mandchurei voneinander abzutrennen", und proklamiert, daß es Zeit sei, "den Herrn zu wechseln". Ende November sei die Gesellschaft zerschlagen worden. (*Liaoning Ribao*, 8.12.95, nach SWB, 4.1.96) -hei-

*(5)

Wei Jingsheng zu 14 Jahren Haft verurteilt - Revisionsantrag abgelehnt

Am 13. Dezember ist Wei Jingsheng, der prominenteste Dissident Chinas, vom 1. Mittleren Volksgericht der Stadt Beijing wegen umstürzlerischer Aktivitäten zu 14 Jahren Haft verurteilt worden. Ihm werden nach der Haftentlassung die politischen Rechte für weitere drei Jahre entzogen. Die anderthalbjährige Untersuchungshaft (von April 1994 bis November 1995) soll nicht auf die Haftzeit angerechnet werden. (SCMP, 16.12.95)

Weir wird in der Urteilsbegründung vorgeworfen, im Ausland bzw. in Hongkong Artikel veröffentlicht und in China die Gründung einer Organisation vorbereitet zu haben, die dem Sturz der chinesischen Regierung dienen sollten. Das Argument Weis, es habe sich bei seinen Aktivitäten nur um "kulturelle" Betätigung gehandelt, wurde zurückgewiesen. Als Beweismittel wurden neben Beiträgen in der ausländischen Presse mehrere Briefe aus der privaten Korrespondenz Weis mit Organisatoren der chinesischen Exilopposition in den Vereinigten Staaten vorgelegt. Wei habe geplant, Zeitungen, Zeitschriften, Finanzinstitutionen und Kulturinitiativen zu begründen, die zu einer breiten Volksbewegung gegen die chinesische Regierung hätten beitragen sollen. Die an Weis Gerichtsverfahren beteiligten Richter und Staatsanwälte erläuterten nach der Urteilsverkündung gegenüber der Hongkonger KP-Zeitung *Wen Wei Po* (16.12.95, nach SWB, 18.12.) den Verlauf des Prozesses.

Am 28. Dezember lehnte das Obere Volksgericht in Beijing den Revisionsantrag ab, den Wei und seine Anwälte gegen das Urteil des Mittleren Volksgerichts gestellt hatten. Eine beteiligte Richterin führte gegenüber der staatlichen Nachrichtenagentur "Neues China" aus (Xinhua, 28.12.95, nach SWB, 30.1.95), daß Wei Jingsheng und seine Anwälte gegenüber der Berufungsinstanz keine überzeugenden Argumente gegen den Vorwurf des Umsturzversuchs vorbringen konnten.

Im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen Wei Jingsheng wurden im Dezember drei Angehörige eines oppositionellen Zirkels in der Provinz Zhejiang festgenommen, die in einem Brief an den Nationalen Volkskongreß die Freilassung Weis gefordert hatten. Dies berichtete die New Yorker Organisation "Human Rights in China". (SCMP, 21.12.95)

In Hongkong fielen die Reaktionen auf das Gerichtsurteil gegen Wei gemischt aus. Beijing nahestehende Medien werteten Wei Jingsheng als "Schachfigur Amerikas" ab und legten dar, daß Weis Schicksal für die meisten Chinesen in Beijing und Hongkong ohne Belang sei. (JB, 1996/1, S.24) Unterdessen nahmen rund 1500 Demonstranten an einem Protestmarsch zur Xinhua-Nachrichtenagentur in Hongkong (dies ist die inoffizielle Vertretung der VR China in der Kronkolonie) teil und forderten die Freilassung Weis mit der Losung: "Heute ist es Wei Jingsheng, morgen trifft es dich und mich". (SCMP, 18.12.95) -hei-

*(6)

Weißbuch über "Fortschritte der Menschenrechtsverhältnisse in China"

Das Informationsamt des Staatsrats der VR China hat am 27. Dezember ein neues Weißbuch zur Menschenrechtssituation vorgelegt. Das Dokument enthält neben der offiziellen Regierungsposition zur Menschenrechtsfrage und der Zurückweisung der westlichen Menschenrechtspolitik einen Überblick über die neuere Gesetzgebung bezüglich bürgerlicher Rechte (vornehmlich Abwehrrechte gegenüber staatlicher Willkür) sowie eine Fülle von Daten zur sozialen Entwicklung. Das Weißbuch ist insofern eine Bestandsaufnahme der rechtlichen und sozialen Veränderungen seit der Herausgabe des ersten Menschenrechtsweißbuchs im Jahre 1991.

Die chinesische Regierung räumt einerseits ein, daß aufgrund des geringen Entwicklungsniveaus die Menschenrechtsstandards in manchen Bereichen noch nicht in zufriedenstellender Weise gesichert seien; hier müßten weitere Anstrengungen unternommen werden. Andererseits wird argumentiert, daß das chinesische Menschenrechtsverständnis über die individuellen politischen und bürgerlichen Rechte hinausgehe, die der Westen betone: Das Recht auf Leben und Entwicklung sowie wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte umfaßten ein breiteres Spektrum als der traditionelle westliche Menschenrechtsbegriff. Den Vereinigten Staaten wird in diesem Zusammenhang vorgeworfen, daß sie die Menschenrechtsfrage dazu mißbrauche, sich in Chinas innere Angelegenheiten einzumischen und von den inneramerikanischen sozialen Mißständen abzulenken.

Das Weißbuch enthält insgesamt zehn Kapitel. Einige der Themen werden im folgenden kurz referiert:

1. *Das Recht auf Leben und Entwicklung:* Die Einkommen und der Lebensstandard der städtischen und ländlichen Bevölkerung hätten sich in den letzten fünf Jahren durchgreifend verbessert. Die Zahl der Menschen, die nicht genug Nahrung und Kleidung hätten, sei seit 1991 um weitere 15 Mio. auf nun insgesamt 70 Mio. gefallen. Das im März 1994 in Gang gebrachte Armutsbekämpfungsprogramm der Regierung, das die Eliminierung extremer Armut bis zur Jahrhundertwende zum Ziel habe, komme voran.

2. *Bürgerliche und politische Rechte:* Hier weist das Regierungspapier zunächst auf das System der Volksvertretungsorgane (Volkskongresse und Politische Konsultativkonferenzen) hin, das Möglichkeiten zur politischen Mitwirkung für Chinas Bürger biete. Auch komme der "demokratische Aufbau" in den ländlichen Dorfkomitees und den städtischen Nachbarschaftskomitees zum Ausdruck. Darüber hinaus verweist die chinesische Regierung auf Fortschritte im Bereich des Verwaltungsrechts (Verwaltungsprozeßgesetz und Staatsentschädigungsgesetz, in Kraft seit Oktober 1990 bzw. Mai 1994). Zwischen Anfang 1990 und Ende 1994 seien insgesamt knapp 170.000 verwaltungsrechtliche Verfahren vor den Gerichten verhandelt worden; zwei Drittel der Verfahren hätten zu einer Änderung der angefochtenen Verwaltungsentscheidungen geführt. Darüber

hinaus hätten in den neunziger Jahren auch Medien und soziale Organisationen (Vereine/Verbände) erheblich an Vielfalt gewonnen und könnten die Interessen des Volkes stärker zum Ausdruck bringen. Auch seien die "normalen Aktivitäten verschiedener Religionen" rechtlich geschützt.

3. Garantie der Menschenrechte im Rechtswesen: Eine Reihe neuer Gesetze (Polizeigesetz, in Kraft seit Februar 1995; Staatsanwaltergesetz und Richtergesetz, in Kraft seit Juli 1995; Gefängnisgesetz, Dezember 1994) diene dem Schutz der Menschenrechte in China. Die Unabhängigkeit der Justiz gegenüber Regierung und Verwaltung sei dadurch gestärkt worden. Als Beitrag zur Menschenrechtssicherung wird auch die im Vergleich zu westlichen Ländern niedrige Kriminalitätsrate aufgeführt. "Konterrevolutionäre Verbrechen" seien nach dem Strafgesetzbuch nur dann gegeben, wenn ein Versuch zum Sturz der Staatsgewalt unternommen werde. "Wer nur abweichende politische Auffassungen hat, ohne durch seine Handlungen die Staatssicherheit zu gefährden, gilt nicht als Straftäter." Im Gefängnisgesetz sei die Würde des Inhaftierten festgeschrieben und jede Form körperlicher Mißhandlung verboten. 1994 seien die Staatsanwaltschaften rund 400 Fällen von Mißhandlungen von Gefangenen durch Polizei- und Gefängnispersonal nachgegangen. Chinas System zu Umerziehung und Reintegration von Gefangenen habe sich bewährt: Die Rückfallquote nach der Haftentlassung liege bei chinesischen Häftlingen weit unter der Quote, die in westlichen Ländern üblich sei.

4. Recht auf Arbeit sowie Rechte und Interessen der Werktätigen: Das im Juli 1994 verabschiedete Arbeitsgesetz lege weitreichende Rechte für Chinas arbeitende Bevölkerung fest: unter anderem ein Mindestlohnsystem, ein System bezahlten Jahresurlaubs, Arbeitszeit-, Sicherheits- und Gesundheitsstandards sowie spezielle Bestimmungen zum Schutz der arbeitenden Frau. Darüber hinaus habe der Staatsrat im März 1995 eine Verordnung verabschiedet, mit der die Fünf-Tage-Woche landesweit eingeführt wurde. Bis August 1995 hätten fast alle Verwaltungseinheiten auf Provinzebene ein Mindestlohnsystem eingeführt. Zwischen 1991 und 1994 seien rund 47 Mio. neue Arbeitsplätze in städtischen und ländlichen Gebieten geschaffen worden; die Arbeitslosenquote liege bei weniger als 2,8%. Das soziale Sicherungssystem befinde sich zur Zeit

in einer Periode des raschen Ausbaus. Die Einführung einer Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung für breite Teile der Bevölkerung werde in regional unterschiedlicher Weise vorangetrieben.

5. Recht auf Bildung: Der Ausbau des chinesischen Bildungssystems mache rasche Fortschritte. Das im März 1995 verabschiedete Bildungsgesetz setze einen landesweit verbindlichen Rahmen für das Bildungs- und Schulwesen. Bis 1994 sei die Zahl der Analphabeten von 1991 180 Mio. auf rund 150 Mio. zurückgegangen (17% der über 15 Jahre alten Bevölkerung). Gegenwärtig würden Anstrengungen unternommen, um den Analphabetismus zu eliminieren und landesweit eine neunjährige Schulpflicht einzuführen. Das "Projekt Hoffnung", das vornehmlich mit privaten Spenden finanziert werde, unterstütze gezielt Kinder aus armen Regionen, die aus materieller Not ihre Schulausbildung abbrechen mußten.

6. Schutz der legitimen Rechte und Interessen von Frauen und Kindern: Die VR China habe in den neunziger Jahren ein Serie von Rechtsdokumenten zum Schutz der Frau auf den Weg gebracht. Zehn nationale Gesetze und 40 Regierungsverordnungen sowie mehr als 80 lokale Gesetze und Verordnungen enthielten konkrete Bestimmungen zum Schutz der Rechte der Frau. Darüber hinaus habe die Regierung im August 1995 ein Fünfjahresprogramm vorgelegt, das die Stellung der Frau in der chinesischen Gesellschaft stärken solle. Die Familienplanungspolitik sieht die chinesische Regierung als wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Menschenrechtssituation in der Welt und zur Eindämmung der "Bevölkerungsexplosion". Dem Schutz der Kinder widmet das Weißbuch nur einige kurze Abschnitte, in denen unter anderem auf die rund 450.000 Kindergärten, auf die sinkende Kindersterblichkeitsrate und auf das erfolgreiche staatliche Impfprogramm hingewiesen wird.

7. Schutz der Rechte und Interessen von Minderheitennationalitäten: Die 55 Minderheitenvolksgruppen, die in China leben, seien in den staatlichen Volksvertretungsorganen durchweg überproportional repräsentiert. Das System der regionalen Autonomie für diese Volksgruppen sei seit 1991 durch mehr als 20 Rechtsdokumente verbessert worden. Dank erfolgreicher wirtschaftlicher Entwicklung und Hilfen der

Zentralregierung habe sich die soziale Lage in vielen Siedlungsgebieten der ethnischen Minderheiten verbessert.

8. Schutz der Rechte und Interessen der Behinderten: Im Mai 1991 sei das Gesetz über den Schutz behinderter Personen in Kraft getreten. Auf allen Verwaltungsebenen gebe es heute Koordinationsstellen in den Regierungsbehörden, die sich der Belange der Behinderten annähmen. Neue Behindertenheime, Sonderschulen und Rehabilitationseinrichtungen seien geschaffen worden. Es sei gesetzlich bestimmt, daß der Anteil behinderter Arbeitnehmer in staatlichen Institutionen und Betrieben 1,5% nicht unterschreiten dürfe.

9. Das Studium der Menschenrechte und die Verbreitung von Kenntnissen über die Menschenrechte: Unter diesem Punkt werden wissenschaftliche Einrichtungen, Symposien und sonstige Aktivitäten aufgeführt, die sich der Menschenrechtsforschung widmen. Mehr als hundert Bücher und mehr als tausend Artikel seien in den letzten Jahren zur Menschenrechtsfrage in China erschienen. Internationale Menschenrechtsdokumente seien der Öffentlichkeit in Übersetzungs- und Kommentarbänden zugänglich gemacht worden.

10. Internationale Menschenrechtsaktivitäten (offizielle Kapitelüberschrift: "Tatkräftige Förderung der gesunden Entwicklung der internationalen Menschenrechte"): China bekenne sich zu den Absichten und Prinzipien, die in der Charta der Vereinten Nationen und in der UN-Menschenrechtsdeklaration im Hinblick auf die Förderung der Menschenrechte und der fundamentalen Freiheiten festgelegt seien. China nehme aktiv an den Menschenrechtsaktivitäten innerhalb der Vereinten Nationen teil und sei inzwischen fünfzehn internationalen Menschenrechtskonventionen beigetreten. Den im Denken des Kalten Krieges verhafteten westlichen Staaten, die die Menschenrechtsfrage mit politischen Konfrontationen verbanden, aber gebe China nicht nach. In der UN-Menschenrechtskommission hätten "die Vereinigten Staaten und einige andere westliche Staaten" seit 1990 "fünf anti-chinesische Vorlagen" eingebracht, mit denen beabsichtigt worden sei, China von seinem Entwicklungsweg und Gesellschaftssystem abzubringen und China zu destabilisieren (*pohuai Zhongguo wending*). Mit Unterstützung anderer Entwicklungsländer habe China aber diese Provokationen zurückweisen können. (Für den vollständigen Text des Dokuments siehe die Sonderausgabe der *Beijing Rundschau* vom Januar 1996.) -hei-

*(7)

Untersuchungsbericht: Chinaprojekte der Weltbank ohne Verbindung zu Zwangsarbeit

Nachdem der chinesische Exildissident Harry Wu (Wu Hongda) die Weltbank kritisiert hatte, weil in einem ihrer Chinaprojekte angeblich Zwangsarbeiter eingesetzt würden, hat die Weltbank eine sechswöchige Untersuchung vor Ort durchgeführt. Im Dezember stellte der zuständige Weltbankdirektor Nick Hope die Ergebnisse des Untersuchungsberichts vor und wies die Vorwürfe Harry Wus zurück: Mit Krediten der Weltbank werde keine Zwangsarbeit in China gefördert; im Hinblick auf das von Harry Wu kritisierte Bewässerungsprojekt im Tarim-Becken (Autonome Region Xinjiang), das die Weltbank mit 90 Mio. Dollar unterstützt, habe sich keine Verbindung zur Zwangsarbeit belegen lassen. Harry Wu hatte im Oktober behauptet, daß in dem Bewässerungsprojekt "zehntausende Gefangene aus mindestens 21 Zwangsarbeitslagern" arbeiteten.

Die Weltbank hat nun begonnen, ihre insgesamt 159 Chinaprojekte zu überprüfen, konnte bislang allerdings in keinem Fall feststellen, daß in den Projekten Zwangsarbeiter eingesetzt werden. Im Untersuchungsbericht der Weltbank heißt es: "No evidence was found to support any link between the Tarim Basin Project and the use of forced labor. No evidence was found of Bank money being diverted or misused in any way. No evidence was found of any benefit, direct or indirect, to forced labor camps or military 'special farms'." (SZ, 22.12.95; Xinhua, 22.12.95) -hei-

*(8)

Jiang Zemin in Shenzhen: Was wird aus den Sonderwirtschaftszonen?

Staatspräsident und KP-Generalsekretär Jiang Zemin stattete vom 5.-7. Dezember der Sonderwirtschaftszone Shenzhen einen offiziellen Besuch ab. Jiang bekräftigte die besondere Rolle Shenzhens für die wirtschaftlich-technologische Entwicklung und für die Integration Hongkongs in Chinas Staat und Wirtschaft. (RMRB, 9.12.95) Diese Stellungnahmen besitzen ein besonderes Gewicht, da in den letzten Monaten in Beijing immer wieder Stimmen vernnehmbar wurden, die eine Einschränkung der außenwirtschaftlichen Privilegien der Sonderwirtschaftszonen befürworteten.

Nach Auskunft des Parteisekretärs von Shenzhen, Li Youwei, der von einer Hongkonger KP-Zeitung interviewt wurde (*Wen Wei Po*, Hongkong, 27.12.95; nach SWB, 5.1.95), hatte Jiang Zemin bereits bei einem Besuch in der Sonderwirtschaftszone im Juni klar gestellt, daß die Zentralregierung nicht an eine grundlegende Änderung des Status Shenzhens denke. Jiang habe die Bedeutung Shenzhens für die Prosperität und Stabilität Hongkongs im Hinblick auf 1997 hervorgehoben und deutlich gemacht, daß die Sonderwirtschaftszonen-Politik Entscheidungen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, nicht nur den Präferenzen einzelner Führungspersonlichkeiten entspränge. Auch die 5. Plenartagung des XIV. Zentralkomitees Ende September hatte festgestellt, daß sich an den Grundsätzen der Politik nichts ändern werde.

Li Youwei kündigte an, daß Shenzhen sich in der nahen Zukunft auf die Bildung mehrerer international aktiver Unternehmensgruppen und die Etablierung weltweit anerkannter Markenprodukte konzentrieren werde. Ein besonderes Anliegen von Staatspräsident Jiang Zemin sei es, daß Shenzhen sich stärker der Entwicklung von Hochtechnologie zuwende. Ob die Reintegration Hongkongs vor und nach 1997 reibungslos verlaufe, hänge nach Einschätzung Jiang Zemings wesentlich von der Kooperation Shenzhens mit Hongkong ab. -hei-

*(9)

Die Personalhoheit der Parteizentrale als Ersatz für unvollkommene ökonomische Steuerungsinstrumente

In den Jahren seit 1993 hat die Beijinger Parteizentrale ihre umfassenden Befugnisse in der Personalpolitik dazu genutzt, regionale Parteikomitees und Regierungen auf die Politik der nationalen Führung zu verpflichten: Die Karrierechancen regionaler Spitzenfunktionäre wurden an ihre Loyalität gegenüber Beijing gebunden; eine Vielzahl von Provinzfunktionären wurde wegen allzu eigenwilliger Amtsführung oder wegen des Vorwurfs, "unabhängige Königreiche" in ihrem Amtsbereich begründet zu haben, abgesetzt oder versetzt.

Nach Informationen der Hongkonger Zeitung *Ming Bao* (17.12.95, nach SWB, 12.1.96) sind allein 1995 mehr als 900 Führungskader auf Provinzebe-

ne, Sekundärprovinzebene (*fushengji*, hierzu zählen 16 der wichtigsten Großstädte Chinas) bzw. Bezirksebene durch die Organisationsabteilung des Zentralkomitees ausgewechselt worden.

Die Notwendigkeit umfassender Personalrotationen in regionalen Führungsgremien war auf dem 4. Plenum des XIV. Zentralkomitees im September 1994 gebilligt worden. Die Verfestigung regionaler Machtbasen und die Herausbildung nepotistischer Strukturen soll mit dieser Politik verhindert, die Autorität Beijings gestärkt werden. Darüber hinaus dienen die Revirements auch der gezielten Förderung von Kadern, die über die Jahrhundertwende hinaus Verantwortung tragen sollen (*kuashiji ganbu*); ein solches Förderprogramm war von der Parteizentrale 1994 beschlossen worden.

Die ZK-Organisationsabteilung hat im Kontext dieser Anstrengungen ihre direkte Aufsicht über die Personalpolitik in den Provinzen weiter verstärkt. So wurde etwa ausdrücklich gemeldet, daß Vertreter der ZK-Organisationsabteilung aus Beijing während Provinzpartei-kongressen und regionalen Personalentscheidungen persönlich präsent gewesen seien. (*Henan Ribao*, 19.12.95, nach SWB, 16.1.96). Einerseits soll dadurch die Autorität der Zentrale gesichert werden. Andererseits sollen aber auch irreguläre Erscheinungen in regionalen innerparteilichen Wahlen (Wahlmanipulationen bis hin zum Stimmenkauf) unterbunden werden, die in den letzten Jahren mehrfach in Parteidokumenten kritisiert worden waren.

Da die Mittel der makroökonomischen Steuerung (besonders deutlich im Bereich der Geldpolitik und des Finanzwesens) und der Wirtschaftsgesetzgebung (etwa beim Vollzug von Haushalts- und Steuergesetzen auf regionaler Ebene) bislang nur unvollkommen entwickelt sind, greift die Zentrale immer wieder auf administrative Kontrollen und auf ihre personalpolitischen Kompetenzen zurück. So erreichte Beijing, indem es unbotmäßigen regionalen Funktionären mit Amtsenthebung drohte und eine Reihe von "Provinzfürsten" tatsächlich absetzte, 1995 in begrenztem Maße eine haushalts- und kreditpolitische Disziplinierung der Regionen.

Die von Beijing genutzten politisch-administrativen Instrumente sind allerdings nicht gerade "marktkonform" und erregen erheblichen Widerwillen in den Provinzen. Solange die ökonomischen

Steuerungsinstrumente aber nicht hinreichend funktionstüchtig sind, wird Beijing in der Durchsetzung nationaler Wirtschaftspolitik weiterhin auf seine Personalhoheit und Organisationsgewalt gegenüber den regionalen Führungen setzen müssen. -hei-

Kultur und Gesellschaft

*(10)

Chinas Wissenschaft erfährt zunehmende internationale Anerkennung

Die jüngste Statistik über naturwissenschaftliche und technische Arbeiten aus China, die international wahrgenommen und zitiert werden, hat ergeben, daß Wissenschaftler der VR China im Jahre 1994 insgesamt 24.584 Arbeiten in internationalen Fachzeitschriften oder auf internationalen Konferenzen veröffentlicht haben. Damit hat China (ohne Taiwan) in dieser Hinsicht weltweit den zehnten Platz erreicht. Ein Jahr zuvor nahm China noch den zwölften Platz in der Welt ein. Die neun vor der VR China stehenden Länder sind die USA, Großbritannien, Japan, Deutschland, Frankreich, Kanada, Italien, Rußland und die Niederlande. Die Zahlen wurden von seiten der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik bekanntgegeben. Sie basieren auf Angaben dreier wissenschaftlicher Werke aus den USA: dem *Science Citation Index*, dem *Engineering Index* und dem *Index to Scientific and Technological Proceedings*. Unter den international veröffentlichten Arbeiten liegen diejenigen der Hochschulen vorn. Seit einigen Jahren beträgt ihr Anteil über 60 Prozent aller Arbeiten aus China, mit steigender Tendenz. 1994 nahmen Arbeiten von Hochschulwissenschaftlern 63,7 Prozent ein. Hierbei lag die Universität Nanjing mit über 300 Arbeiten an der Spitze. (RMRB, 22.12.95) Neben ihr zählten die Beijing-Universität, die Chinesische Universität für Wissenschaft und Technik, die Universität Lanzhou, die Fudan-Universität, die Qinghua-Universität, die Universität Jilin, die Universität Wuhan, die Nankai-Universität und die Universität Shandong zu den zehn in dieser Hinsicht führenden Einrichtungen. Im nichtuniversitären Forschungsbereich kamen die meisten international publizierten Arbeiten aus 19 Forschungsinstituten der Chinesischen Akademie

der Wissenschaften und aus der Chinesischen Akademie für Kernenergie. Gliedert nach Regionen, kommen die meisten wissenschaftlichen Arbeiten aus Beijing und Shanghai sowie den Provinzen Jiangsu, Liaoning, Jilin und Hubei. Die Mehrzahl der im Ausland veröffentlichten und zitierten Arbeiten betreffen die Physik, Chemie, Medizin und Biologie. (XNA, 22.12.95)

China hat den Ehrgeiz, im 21. Jh. zu den führenden Wissenschaftsnationen der Welt zu gehören. Deshalb unternimmt es große Anstrengungen, die Wissenschaft zu fördern und auf internationales Niveau zu bringen. Zu diesem Zweck hat die Regierung in den letzten Jahren die Investitionen in den Wissenschaftsbereich kontinuierlich erhöht. Die Mittel stehen allerdings nicht mehr generell zur Verfügung, sondern werden über Wissenschaftsstiftungen nach dem Auswahlprinzip gezielt für wichtige und hervorragende Projekte der Grundlagen- und High-Tech-Forschung eingesetzt. Der Wettbewerb um staatliche Förderung hat zweifellos dazu beigetragen, die Qualität der Forschung zu erhöhen. -st-

*(11)

Chinas offizielle Sicht seiner Nationalitätenpolitik

Kürzlich hat der stellvertretende Vorsitzende der Staatlichen Nationalitätenkommission Jiang Jiafu in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Xinhua die chinesische Nationalitätenpolitik gerühmt. Während in vielen Ländern Nationalitätenkonflikte herrschten, sei es China dank seiner Politik der Gleichheit aller Nationalitäten gelungen, die Einheit unter den Nationalitäten und politische Stabilität seit Jahrzehnten aufrechtzuerhalten. China sei ein Land mit 56 Nationalitäten, doch die "nationale Eintracht" habe allen Herausforderungen der Geschichte standgehalten, und auch in Zukunft werde es in dieser Hinsicht keine größeren Probleme geben, erklärte er. Die großen Veränderungen, die sich international und innerhalb Chinas vollzogen hätten, änderten nichts an der Tatsache, daß in China alle Nationalitäten in Harmonie lebten und die Bürden gemeinsam trügen. Das Schlagwort von der Gleichberechtigung der Nationalitäten werde in vielen Ländern propagiert, doch existiere dort immer noch viel Ungleichheit. China hingegen habe die Gleichheit der Nationalitäten nicht nur gesetzlich festgeschrieben, sondern

auch dafür gesorgt, den verschiedenen Nationalitäten in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gleiche Rechte zu sichern. Seit Gründung der Volksrepublik im Jahre 1949 habe die Regierung alle diskriminierenden oder beleidigenden Namen verbannt, die die Han-Chinesen aufgrund historischer Überlieferung für die Minderheiten verwendeten.

Das Recht der Minderheiten auf Partizipation in Staat und Gesellschaft werde wirksam geschützt. So seien die Minderheiten z.B. im Nationalen Volkskongreß, der höchsten Staatsmacht, mit 14,68 Prozent der Abgeordneten vertreten, obgleich die Minderheiten insgesamt nur 8,04 Prozent der Bevölkerung ausmachten. Durch das System der regionalen Autonomie sei den ethnischen Minderheiten das Recht zugesichert, ihre Angelegenheiten je nach ihren Besonderheiten selbst zu bestimmen. Gesetzesübertretungen im Hinblick auf die Interessen der Nationalitäten würden ebenso bestraft wie mangelnder Respekt vor ihrem Brauchtum und ihrer Religion.

Ausführlich ging der Vizeminister auf die Transferleistungen der Zentralregierung an die Nationalitäten und auf die Bemühungen der Zentralregierung zur Bewahrung der Nationalitätenkulturen ein. Die Regierung habe ein Hilfsprogramm für die Gebiete der nationalen Minderheiten angenommen und fördere deren wirtschaftliche Entwicklung, um die Lebensverhältnisse denen der Han-Chinesen anzugleichen. Die meisten Nationalitäten lebten in den mittel- und westchinesischen Teilen des Landes, die aus historischen und geographischen Gründen im Verhältnis zu den Küstenregionen des Ostens ärmer seien. Zur Förderung der Wirtschaft in den Minderheitengebieten würden z.B. bestimmte Privilegien und finanzielle Subventionen gewährt. Darüber hinaus würden aus dem Osten technische Hilfe und Fachpersonal geschickt. In den vergangenen vierzig Jahren hätten allein die Subventionen der Zentralregierung ein Volumen von 100 Mrd. Yuan erreicht. Auch sei China entschlossen, in diesen Regionen mehr zu investieren als die chinesische Wirtschaftskraft wachse. Durch diese Unterstützungsmaßnahmen hätten sich die Wirtschaft ebenso wie der Lebensstandard der örtlichen Bevölkerung merklich verbessert. In den vergangenen vier Jahren habe das Wirtschaftswachstum in den Minderheitengebieten jährlich um 11 Prozent zugenommen; das sei das höchste Wirt-